Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: monatlich .. 2,25 Mark, wöchentlich . 0,55 Mark, für Abholer 0,50 Mark.
Auch durch d. Post zu beziehen. Preise freibleibend.
Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock.
Fernsprecher: Elbe 1691/1698.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Bugdahn, Altona.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, erster Stock.

Hamburger Echo

Einzelverkaufspreis 10 Pfennig.

Anzeigenpreise verstehen sich in Goldmark: die 13gespalt. Petitzeile 40 Pfg. Private Familien-Anzeigen 20 Pfg. Stellenangebote 25 Pfennig, Stellengesuche 20 Pfg. Kleine Anzeigen bis 9 Zeil. die Zeile 20 Pfg., 10 b. 15 Zeil. 25 Pfg. Reklamez. 3 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im ersten Stock (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag) in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 274. Sonntag, den 5. Oktober 1924. 38. Jahrgang.

Kaleidoskop der Regierungserweiterung.

Energie der Geschwätzigkeit. — Blamierter Machthunger. — Strahlende Borniertheit.

1. Stresemann hatte mühsam ein Mosaik zusammengefügt, da kam Marx und gab dem Kunstwerk einen ganz leichten Stoß. Sofort fielen die bunter Steinchen auseinander. Was soll man nun beginnen? Aergerlich. Aber die Firma Stresemann kann auch energisch werden. Ihre Energie entlädt sich in diesem Donnerwetter:

Die Deutsche Volkspartei hat ihre Zustimmung zu den Verhandlungen des Kanzlers mit der Deutschnationalen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei über eine Erweiterung der Reichsregierung nur unter der Voraussetzung erteilt, daß die notwendige programmatische und parteitaktische Klärung unverzüglich erfolge. Der bisherige Gang der eingeleiteten Verhandlungen läßt befürchten, daß diese Voraussetzung nicht erfüllt wird. Der Versuch der Verwirklichung einer idealen Konstruktion darf nicht

die realpolitisch mögliche Regierungserweiterung

gefährden. Das angekündigte Frage- und Antwortspiel zwischen den Fraktionen untereinander und mit dem Kanzler muß so rasch wie möglich ein Ende nehmen. Das Kabinett darf sich seiner Handlungsfreiheit nicht entäußern. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei machten den Vorschlag, mit den Fraktionsvertretern auf Grund des Regierungsprogramms zu verhandeln. Notwendig ist dessen unverzügliche Feststellung und das Ersuchen an die Fraktionen, ohne Rückhalt zu erklären, ob sie auf dieser Grundlage bereit sind, mitzuarbeiten und mit welchen andern Fraktionen sie zusammenarbeiten wollen. Scheitert der Versuch der Bildung einer Regierung von der Deutschnationalen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie, so

muß alsbald über die Hinzuziehung nur der Deutschnationalen Volkspartei verhandelt werden.

Auch wir sind der Auffassung, daß deren bisherige Stellungnahme noch der Ergänzung und Klärung bedarf. Wir hoffen, daß die Deutschnationale Volkspartei in der Lage ist, ihre Mitwirkung zu dem Regierungsprogramm in loyaler Durchführung der außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten zuzusagen. Erfüllt sich diese Erwartung, so darf die Regierungserweiterung nicht an prinzipieller Ablehnung durch die Fraktionen der Mitte scheitern. Angesichts der Haltung eines Teiles der Presse der Zentrumspartei und der Deutsch-Demokratischen Partei wird man erwarten dürfen, daß die Sitzungen der beiden Fraktionen die notwendige Klärung bringen. Auf Grund der nach den Maiwahlen zwischen den Fraktionen und der zuletzt vom Kanzler geführten Verhandlungen über die Regierungsumbildung mit der Deutschnationalen Volkspartei und nach den dieser im August von Vertretern des Zentrums gemachten Zusagen dürfen wir bestimmt annehmen, daß die beiden Parteien sich der Erweiterung der Reichsregierung nach rechts nicht grundsätzlich versagen. Sollte dies dennoch geschehen, so würde sich die Deutsche Volkspartei ihre Handlungsfreiheit vorbehalten.

Uff! Das ist beinah, wie wenn ein Sachse flucht.

2. Gestern sagten wir, bald wird bei den Deutschnationalen Marx zum bestgehaßten Mann. Zur selben Stunde brachten die Hamburger Nachrichten diese Bestätigung:

Soll das etwa heißen, daß man im August **die Deutschnationalen hinters Licht geführt, sie hohnlachend über den Löffel balbiert hat;** oder walten wiedermal zärtliche Rücksichten auf den Reichspräsidenten Ebert ob, dem man wie vor genau einem Jahr bei der Aufstellung des zweiten Kabinetts Stresemann „doch nicht zumuten“ könnte, Deutschnationale ins Reichskabinett zu rufen? **In dem ganzen Spiel, das Herr Marx jetzt spielt,** ist nur das eine herauszufühlen, daß man gegebene Zusagen nicht halten und ein Kabinett mit den Deutschnationalen nicht zustandekommen lassen will. Anders ist für ein unverrenktes Begriffsvermögen die Verhandlung mit links und dann auch mit rechts nicht aufzufassen. Wenigstens vermeidet Herr Marx — milde ausgedrückt — nicht den Schein, daß wiedermal **der Ultramontanismus nach uralter Methode im Trüben fischt, daß wer sich auf ein Zentrumswort verläßt, hernach als der Dumme dasteht.**

Ultramontan — es ist das höchste Schimpfwort, das Deutschnationale zu vergeben haben. Wer geht mit zu Ludendorff?

3. Die Deutschnationalen fluchen gegen die Sozialdemokratie, daß ein alter Wachtmeister neidisch werden könnte. Sie haben Ursache dazu. Die KPD. flucht auch, auch die nicht ohne zureichenden Grund. Aus den Deutschnationalen spricht die Wut über die Durchkreuzung ihrer Machtpläne. Aus der KPD. spricht die Borniertheit. Eine strahlende selbstgefällige Borniertheit, die sich brüstet: Was bin ich für ein Kerl! Hier eine Probe aus der Hamburger Volkszeitung:

Einen katastrophaleren Zusammenbruch sozialdemokratischer Demagogie kann es kaum geben!

An der Arbeiterschaft wird es liegen, diesen sozialdemokratischen Lügnern das Maul zu stopfen, wo immer sie wagen sollten noch aufzutreten, und sich als „Kämpfer gegen die Reaktion“ aufspielen zu wollen.

Einerlei, ob der deutschnational-sozialdemokratische Dawes-Block zustande kommt oder nicht, die grundsätzliche Bereitwilligkeitserklärung der SPD. entlarvt erneut diese Partei **in ihrer ganzen Schamlosigkeit und in ihrer Demagogie vor den Massen.**

Hie sozialdemokratisch-deutschnationaler Erfüllungsblock — hie KPD.

Immer deutlicher wird den Massen diese reinliche Scheidung zum Bewußtsein kommen.

die Sozialdemokratie nicht (!) in Frage komme, daß aber mens und den entscheidenden Fragen der deutschen

Da ging sogar der Setzmaschine der Verstand durch. — Sie machte: Knacks! Die Setzmaschine kann repariert werden, den Verstand der Volkszeitungsleute kittet sogar Zement nicht mehr zusammen.

Kinder, was hat Stresemanns Regierungskünstelei angerichtet!

Frontspaltung bei Ludendorff und neuer Ordensschwindel.

Krach Ludendorff-Wittelsbach.

München, 8. Oktober.

Ludendorff ist jetzt in einen neuen Ordensschwindel verwickelt, nachdem er erst jüngst durch sein Marschallamt beim Vertrieb der Ehrendenkmünze des Hauptmanns Hering bloßgestellt wurde. Im Jahre 1919 wurde in München der Vaterländische Verband, der Frontkriegerbund, auf satzungsgemäß parteipolitisch neutralem Boden gegründet mit der Aufgabe, seinen Mitgliedern wirtschaftlich zu helfen und in ihnen außerdem das vaterländische Empfinden wach zu halten. Anfang 1923 nistete sich aber Hitler in diesem Bund ein und erreichte alsbald, daß Ludendorff zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde. Vom Sommer 1923 an wurde dann der Bund ausschließlich für innerpolitische Zwecke im Geiste Ludendorffs und Hitlers mißbraucht, und zwar unter der Führung eines gewissen Alletter. Vor einigen Tagen hat sich nun eine Reihe an der Spitze des Bundes stehender Mitglieder von Alletter losgesagt und eine Menge von Freunden in München, Augsburg und anderen bayrischen Städten mitgerissen.

Die Spaltung im Frontkriegerbund ist komplett.

Was die Sezessionisten zu ihrem Schritt veranlaßte, gaben sie im einzelnen in einer Bundesausschußsitzung bekannt, und hier erfuhr man, wie skrupellos der Despot Alletter unter der Billigung Ludendorffs sein Geschäft betrieb und den ganzen Frontkriegerbund zu einer rein nationalsozialistischen Vereinigung radikalster Richtung gemacht hat. Seine Arroganz ging schließlich so weit, daß er kürzlich ein Versammlungsinserat des Bundes in Bamberg mit den Worten unterzeichnete: Hugo Alletter aus München, Bundesleiter des Frontkriegerbundes, genannt der zweite Hitler. — Wie er in Wirklichkeit die Leitung ausübte, ersieht man daraus, daß er in erster Linie die Kassengeschäfte an sich riß in einer Weise, daß der eigentliche Kassenwart sieben Monate lang überhaupt keine Beträge mehr sah. Irgendwelche Abrechnungen waren niemals zu erlangen. Das genügte aber dem Herrn Bundesleiter noch nicht. Mit Zustimmung des Ehrenpräsidenten Ludendorff führte er ein sogenanntes Alletter-Kreuz ein, das den Mitgliedern verliehen wurde, nicht um sie zu ehren, sondern um mit dem dafür zu bezahlenden Entgelt die Bundeskasse zu füllen. Die Verleihung dieses Kreuzes, das nach Anweisung Alletters

vor dem Eisernen Kreuz erster Klasse zu tragen

war, weil es der Silbernen Tapferkeitsmedaille gleichkäme, sollte soviel Geld einbringen, daß die ganze Verwaltung des Frontkriegerbundes in glänzender Aufmachung davon bezahlt werden konnte. Ob dieses Geschäft geblüht hat, teilte der Vorsitzende der Ortsgruppe München des Frontkriegerbundes, von dem diese Angaben stammen, nicht mit. Jedenfalls aber brachte es dem Alletter soviel ein, daß er auf einen anständigen bürgerlichen Beruf und Erwerb verzichten und ausschließlich den Geschäften eines zweiten Hitlers nachgehen konnte.

Ueber das Verhältnis Ludendorffs zu dem früheren Kronprinzen Rupprecht von Wittelsbach, das nunmehr zu einem vollständigen Bruche geführt hat, macht der Mießbacher Anzeiger am Freitag folgende Mitteilung:

Kurz nach dem Putsch vom 8. November 1923 machte Ludendorff im Leipziger Tageblatt die Aeußerung, daß

der bayrische König Herrn v. Kahr zum Wortbruch verleitet

habe. Daraufhin wurde Ludendorff im Auftrage des Königs zuerst unter vier Augen zur Rede gestellt. Die Antwort lautete, er bedauere, falsch unterrichtet gewesen zu sein, könne aber nicht öffentlich widerrufen, da er im guten Glauben gehandelt habe. Daraufhin wurde, um die erforderliche Ehrenerklärung auf gütlichem Wege zu erlangen, die Vermittlung Hindenburgs angerufen, der sich auch sofort bereit erklärte, die gütliche Beseitigung der öffentlich gemachten Ehrenkränkung zu betreiben. Eines Tages aber mußte Hindenburg erklären, daß er dazu außerstande sei, denn Ludendorff hatte inzwischen vor dem

Ehrengericht des Großen preußischen Generalstabes Anklage

gegen den Führer der 6. Armee, Feldmarschall Kronprinz Rupprecht erhoben. Daraufhin nahmen auch die Generäle der früheren bayrischen Armee Stellung zu der Angelegenheit, und unter dem Vorsitz des rangältesten Generals der ehemals bayrischen Armee, des Prinzen Leopold von Bayern, versammelten sich die Generäle Bayerns und faßten nach einem Bericht des Generals Krafft-Delmensingen einstimmig den Beschluß, daß sie das Verhalten des Generals Ludendorff gegen ihren König mit Entrüstung zurückweisen und vorbehaltlos vor die Person ihres obersten Kriegsherrn sich stellen, dessen überlieferte Rechte von keiner Seite angetastet werden dürften.

Da sind ja wieder mal erbauliche Vorkommnisse. Ordensschwindel, Hahnenkampf der Generäle, Ludendorffsche Offiziersehrenhaftigkeit, Politik vor der verschimmelten Ehrenausbüglungsstelle der Sporenklirrer — und mit diesen Alfanzereien wird „Weltgeschichte gemacht“. Man schämt sich, daß in der bitterernsten Gegenwart noch solche Kindereien, die zugleich bösartige Narrenstreiche darstellen, möglich sind. Ueber diese Militaristen und Nachäffer der Militaristen müßte wirklich der Schulmeister mit dem Bakel kommen.

Branting über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und zum schwedischen Wahlausfall.

SPD. Genf, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Vertreter Schwedens im Völkerbund, Genosse Branting, erklärte dem Vertreter des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes am Sonnabend vor seiner Rückreise nach Stockholm unter anderm folgendes: Die inzwischen beendete Tagung hat bedeutungsvolle praktische Friedensarbeit geleistet. Die Unterzeichnung des Protokolls ist sicher. Auch die Neutralen stimmten ihm zu. Hoffentlich tut das auch Deutschland, dessen baldiger Aufnahme in den Völkerbund keine Schwierigkeiten mehr entgegentreten, wenn es selbst keine schafft. Wenn auch die Neutralen an den inneren deutschen Verhältnissen nicht interessiert sind, so ist doch vom allgemeinen europäischen Standpunkt besonders für die deutsche Völkerbundspolitik, die die Nationalisten betreiben würden, deren Einbeziehung in die Reichsregierung eine schwere Belastungsprobe für das neu beginnende internationale Vertrauen.

Der Völkerbundsrat tagt auf Betreiben Salandras im Dezember in Rom, um damit den Beweis zu liefern, daß die letzte Spannung zwischen dem Völkerbund und Italien aus der Korfu-Affäre verschwunden ist und einem guten Einvernehmen wieder Platz gemacht hat. Der Rat beabsichtigt, seine Tagungen nach und nach in den Hauptstädten sämtlicher europäischer Ratsmitglieder abzuhalten.

Zu dem schwedischen Wahlausfall bemerkte der ehemalige Ministerpräsident, daß die Sozialdemokratie durch die Wahl vor die Aufgabe der Bildung einer neuen Regierung gestellt werde. Obwohl sie die Majorität noch nicht erreicht habe, sei die Lösung einer Blockbildung sämtlicher bürgerlicher Parteien gegen die Sozialdemokratie unmöglich. (Die schwedischen Wahlen ergaben Mandate: Sozialdemokratie 104 (Gewinn 11), Kommunisten 5 (Verlust 8), Liberale 34 (Verlust 7), Bauernbund 26 (Gewinn 2), Konservative 64 (Gewinn 2).

Offensive gegen die bayerische Justiz.

München, 4. Oktober. Eine offizielle Kundgebung der „Reichsführerschaft der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung“ stellte dieser Tage die Behauptung auf, daß die Laienrichter im Hitler-Prozeß sich zu der Verurteilung der Hochverräter vom 8. November nur dadurch bewegen ließen, weil von Regierungsseite Bewährungsfrist für die Verurteilten zugesichert wurde. Dazu stellt der Bayrische Kurier fest, daß in dieser Erklärung der Reichsführerschaft zwei rechtspolitisch ungeheure Behauptungen eingeschlossen sind: 1. daß das Urteil vom 1. April auf einem Bruch des objektiven Rechts beruhe, und 2. daß ein Bruch der richterlichen Amtsverschwiegenheit erfolgt ist. Das Blatt schließt seinen Artikel mit folgender Feststellung: „Es ist ein öffentlicher Skandal, wenn eine politische Partei sich in öffentlicher Erklärung damit brüstet, daß bei einem Urteil zugunsten ihrer Angehörigen vom objektiven Recht abgewichen wurde. Es ist ein öffentlicher Skandal, wenn eine politische Partei in einer öffentlichen Erklärung die Möglichkeit weiterer und öffentlicher Verletzungen der Amtspflicht voraussetzt. Es ist ein öffentlicher Skandal, wenn die bayrische Justizverwaltung nicht aus alledem in Zukunft die Folgerung zieht, daß alles getan werden muß, um Recht und Gesetz wieder zum Siege zu verhelfen.“

Diese Feststellungen leiten offensichtlich eine Offensive gegen die bayrischen Volksgerichte, gegen die verlotterte Rechtspflege des deutschnationalen Justizministers Gürtner ein.

Staatsgefährliches Antenne.

SPD. München, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Polizeidirektion München hat sich gegen einen Arbeiter, der seit zwei Jahren Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, folgenden unglaublichen Angriff geleistet: Der Genosse hatte sich eine Funkempfangsanlage eingerichtet und vorschriftsmäßig bei der Post angemeldet. Das zuständige Postamt hatte ihm bereits im Mai dieses Jahres die Erlaubnis erteilt und eine Genehmigungsurkunde ausgestellt. Im September teilte nun die Oberpolizeidirektion mit, daß die Genehmigung zur Teilnahme am Funkverkehr in München von der Zustimmung der Polizeidirektion abhängig sei, ihm aber von dieser nicht gegeben wurde. Gleichzeitig wurde er aufgefordert, die Funkanlage bei Meidung schwerer Strafen sofort zu beseitigen. Auf Vorstellung bei der Polizeidirektion mußte der Genosse erfahren, daß ihm die Zustimmung der Polizeidirektion wegen seiner politischen Einstellung verweigert wird.

Daß ein Sender unter Polizeiverbot gestellt wird, könnten wir zur Not begreifen. Aber hören kann jedermann an tausenden Stellen. Folgerichtig müßte die Münchner Hochwohllöbliche alle Sozialdemokraten taub machen lassen.

Aufbau der Agrarbank.

In einem neuen Plan ist das Reichsernährungsministerium in der Verteilung des Einflusses der Macht im Verwaltungsrat der Agrarbank den Genossenschaften mehr als bisher entgegengekommen. Das Bild der Stimmenverteilung ist jetzt folgendes: ein vom Reich zu ernennender Präsident, 6 Vertreter der Länder, 2 Vertreter des Reichslandbundes, 3 Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrates, 6 Vertreter der Genossenschaften (2 für die Raiffeisen-Genossenschaft, 2 für die Bauernvereine und 2 für die Genossenschaften der Offenbacher Richtung).

Die neue Machtverteilung dürfte jedoch, soweit wir sehen, die Länder noch nicht befriedigen. Sie beanspruchen mindestens eine Gleichstellung mit den landwirtschaftlichen Organisationen.

Sehen die Pariser Mäuse?

SPD. Paris, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Das Journal meldet aus Moret im Departement Seine et Marne, daß ein Makler, namens Plouin, der Futterlieferungen für die französische Rheinarmee hatte, unter der Beschuldigung verhaftet worden sei, vor einiger Zeit den Plan gehabt zu haben, **durch vergiftetes Futter die Pferde der französischen Besatzungsarmee massenweise zu vergiften.** Dieser Verdacht stützt sich auf die Tatsache, daß Plouin seinerzeit einen eingeschriebenen Brief an einen bekannten Berliner Journalisten und berüchtigten Franzosenfeind, an Herrn W. (Theodor Wolf? Die Redaktion.) geschrieben habe, in dem er diesem seinen Vergiftungsvorschlag machte. Der Brief sei von der Polizei geöffnet und Plouin daraufhin verhaftet worden. Der Verhaftete erklärte, er habe lediglich beabsichtigt, die Deutschen hereinzulegen. Die Pariser Abendblätter vom Sonnabend bestätigen die Verhaftung des 53jährigen Plouin, der außer dem Vorschlag der Vergiftung des Pferdefutters auch noch seine Dienste verschiedenen deutschen Behörden in Köln und Berlin angeboten haben soll, um die deutsche Spionage in Paris zu erleichtern.

Der neue Wirtschaftskurs in Sowjetrußland.

Von Dr. Elias Hurwicz.

Dieser Artikel eines genauen Sachkenners zeigt, wie die Wirtschaftspolitik der Bolschewisten im Kreise läuft. Den Sozialisten muß in der Seele schmerzen, wenn er die Torheiten des Bolschewismus sieht. Mit Marxismus hat diese Experimentierpolitik nichts gemein.

Die Nachrichten aus Sowjetrußland lassen darüber keinen Zweifel, daß dort der Terror, insbesondere der wirtschaftliche, mit erneuter Kraft eingesetzt hat. Dieser Terror hat eigentlich bereits Anfang dieses Jahres begonnen. Damals trug er aber Formen, gegen die man nur wenig einwenden konnte. Damals schrieb der Moskauer Korrespondent der sowjetischen Zeitung Nakanune:

„Geht man vom Theaterplatz nach der Ilinka, so springt die in Moskau in allen Arten emporgeblühte Spekulation in die Augen. Unweit von der offiziellen Börse wird hier nicht nur mit Pfunden und Dollars gehandelt, die allerdings nach der Einführung des Tscherwonetz ihre frühere Anziehungskraft etwas eingebüßt haben —, hier wird auch mit Kokain und Opium, mit Trinkspiritus und Weibern Handel getrieben. Hier im Zentrum des arbeitenden Moskau hat sich **der Auswurf der kapitalistischen Welt sein Nest gebaut.** Und das, was in London, Berlin und Paris vielleicht natürlich und unvermeidlich erscheint (?), ruft bei uns eine immer wachsende Erbitterung hervor. Bei aller Erkenntnis der Notwendigkeit der Nepo (neuen ökonomischen Politik) können die Moskauer sich mit der Existenz dieser abscheulichen Spekulation nicht abfinden ... Aber jetzt haben auch wir endlich eine Freude erlebt. Der Moskauer Sowjet gemeinsam mit der Staatspolitischen Verwaltung[1]) erklärte den Parasiten der Hauptstadt erbarmungslosen Krieg. Das erste Verzeichnis der aus Moskau als sozialschädlich Ausgewiesenen enthält etwa 1000 Personen, Kokainhändler, Spielklubhalter, Glücksspieler und Vertreter anderer ebenso edler Berufe. Aber das ist nur der Anfang. Der Entwurf des Sowjets der Volkskommissare sieht weitere Ausweisungen vor und gibt zu weiteren Hoffnungen Anlaß ...“

Inzwischen haben sich diese Hoffnungen allerdings in ergiebigstem Maße erfüllt. Den im Laufe der nächsten Wochen massenweise in Sowjetrußland vorgenommenen Verhaftungen, Ausweisungen, zum Teil sogar Hinrichtungen, fielen Handelsleute zum Opfer, die mit den erwähnten Berufen nicht das mindeste zu tun hatten, die aber als regelrechte Nepomänner[2]) allerdings Karriere gemacht haben und sich mit einem Reichtum umgeben konnten, der den armen Proletariern und ihren theoretischen und politischen Vertretern ein Dorn im Auge war. Was sich jetzt in Rußland abspielt, ist also nicht mehr ein Kampf gegen jenen „Auswuchs des Kapitalismus“, sondern einfach gegen alle privaten Vertreter des Kapitalismus. Den Abstand zwischen den Januar-Maßnahmen der Sowjetregierung und ihrer gegenwärtigen Einstellung kennzeichnet der in der Prawda vom 24. April dieses Jahres veröffentlichte „Beschluß des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei über Innenhandel und Kooperation“. Dieser Beschluß schreibt vor: 1. Das private Kapital, insbesondere das en gros operierende, aus dem Handel zu verdrängen; 2. eine Reglementierung des Handels unter leitender Teilnahme der Vertreter des Staatshandels einzuführen; 3. die Frage der Höchstgrenze der Kreditgewährung an Privatpersonen und private Organisationen zu prüfen usw. Mit der Ausführung all dieser Direktiven ist das Volkskommissariat für Innenhandel betraut worden.

Worin wurzeln aber die Gründe eines solchen rücksichtslosen Vorgehens gegen das Privatkapital, dem Lenin mit der Einführung der neuen ökonomischen Politik doch mit vollem Bewußtsein ein größeres Betätigungsfeld eingeräumt hatte?

In erster Linie — in dem siegreichen Vordringen des Privatkapitals trotz der vielen ihm fortwährend bereiteten Hindernisse.

Von den gesamten Handelsunternehmungen Rußlands entfielen nach den Angaben von Lilienfeld-Toal vor dem Kriege 0,8 % auf den Großhandel, 66,2 % auf den Detailhandel in Handelshäusern und Läden und 33 % auf den Kleinhandel mit festem Standort und das Hausiergewerbe. Ende 1923 betrug die letzte Kategorie 75 %, der Großhandel etwa 2,5 %. Diese Zahlen geben eine anschauliche Vorstellung von der Umschichtung des Handels in Rußland. Der Kleinhandel an Marktplätzen und auf Straßen war nämlich geradezu unausrottbar und hat illegal selbst zu der Zeit bestanden, als jeglicher privater Warenaustausch mit wenigen Ausnahmen verboten war. Nach Einführung des neuen Wirtschaftskurses in Sowjetrußland aber wandten sich alle durch das bisherige System erwerbslos gewordene Elemente des Mittelstandes und der Intelligenz dem Handel zu, der anfänglich ganz allgemein, infolge Fehlens jeglicher Kapitalien, den Charakter eines ausgesprochenen Trödel- und Hausierhandels hatte. Aber allmählich im Laufe der letzten zwei Jahre begann der private Handel sich auch am Detailhandel in Läden und geschlossenen Räumen, teilweise auch schon im Großhandel zu beteiligen. Die Sowjetregierung, die mit einer Hand die Nepo einführte, führte mit der andern Hand systematisch eine Reihe von Erschwerungen gegen den Privathandel ein. Der Oberste Volkswirtschaftsrat suchte vor allem den Zwischenhandel und das Kommissionsgeschäft

Der Hof im Ried.

Novelle von Gustav Schröer.

[35]

Am Nachmittage stehen die Leute drüben auf Haufen.

„Allmächtiger Gott, die warten, bis es zu spät ist.“

Leopold nimmt Regina an der Hand. „Wenn es dunkelt, führe ich das Vieh hinüber. — Regina, — ich weiß nicht, ob wir den morgigen Tag erleben, wenn wir bleiben.“

„Möchtest Du hinüber?“

„Ich? Nein, aber Du sollst.“

Sie wirft ihm die Arme um den Hals. „Leopold, — laß uns bleiben.“

Er drückt sie an sich. „Du bist noch so jung, Regina, und hast gar nichts vom Leben gehabt.“

„Ich habe Dich!“

Der Abend sinkt herab, weit früher, als er es der Jahreszeit nach dürfte.

Leopold löst das Vieh von den Ketten. Regina hilft ihm. Sie führen die Tiere über die Brücke und lassen sie laufen.

Alle Hühner fangen sie ein, und Leopold bringt sie hinüber.

Mutter Wächter hastet auf die Brücke zu. Leute kommen ihr entgegen und führen die Kühe. „Die sind von drüben. Leopold muß sie vorhin herübergeführt haben. Sie standen in Krausens Gerste und haben gfressen.“

„Wo sind denn Leopold und Regina?“

„Die müssen noch drüben sein. Man sieht Licht.“

Mutter Wächter will hinüber. Die Leute stellen sich ihr in den Weg. „Du kommst nicht mehr durch. Das Wasser geht Dir drüben bis an den Leib.“

„Laßt mich, ich muß hinüber!“

Heinrich hängt sich an sie. „Ich lasse Dich nicht, Mutter. Eh Du gehst, gehe ich.“

„Du bleibst mir.“

Und die Männer: „Das Haus ist ja fest. Du brauchst weiter keine Angst zu haben. Wenn die Brücke morgen noch steht, holen wir sie, aber jetzt, in der Nacht, kann man das nicht.“

Mutter Wächter starrt zur Erde. Warum sind die zwei nicht längst da? Sie weiß es und weint.

Stunden rinnen. Im Toben des Wassers ein Brechen und Poltern. Entsetzen unter den Leuten. Schwankendes Laternenlicht am Ufer. „Die Brücke ist weg!“

Mutter Wächter schreit auf. Nachbarinnen wollen sie beruhigen. Sie richtet sich empor, die Augen starr gradeaus, mit rauher, herzbebender Stimme: „Seid still! Redet Ihr nicht von den zweien da drüben!“

*

Regina und Leopold sind, da sie das Vieh hinüberführten, bis an den Leib im Wasser gewatet. Sie müssen sich umziehen.

Regina tritt aus ihrer Kammer. Sie hat sich geschmückt. Das Kleid ist dunkel, aber der Mutter Goldkette funkelt an ihrem Halse.

Leopold sieht sie. „Regina!“

Sie lächelt.

Da kehrt er um, wieder in seine Kammer und tritt im Sonntagsgewande heraus.

„Nun können wir zur Hochzeit gehn,“ sagt Regina.

Sie schreiten die Treppe hinab. Da dringt das Wasser in dichtem Schwalle durch die Haustür. Er wandert, tritt über die Schwelle in die Stube. Die liebe, trauliche Stube! Nun vom trüben Wasser geschändet.

Das Wasser steigt im Handumdrehn.

Die zwei kehren in die obere Stube zurück.

Ein Poltern und Brechen, so laut, daß es trotz des Wogenschwalles herüberdringt.

„Regina, das war die Brücke.“

Und Regina, ein Lächeln um die Lippen, breitet die Arme weit aus: „Leopold, unsere Hochzeit! Zehn Jahre gewartet! Unser Hochzeitstag!“

Sie liegen sich in den Armen, trinken eines des andern Seele mit durstigen Lippen.

„Endlich!“ jauchzt Regina. „Endlich!“

Leopold hebt sie empor. Sie liegt ihm an der Brust, lächelt. „Leopold!“

Die Wasser donnern gegen die Hausmauern. Ein Gurgeln. Die Fenster drunten sind eingedrückt, die Flut spielt Fangball mit Tisch und Stuhl, sprengt die Tür.

Die zwei lösen sich voneinander. Leopold öffnet das Fenster nach dem Dorfe zu. Schwankendes Laternenlicht drüben über dem Wasser. Zehn, zwanzig Laternen. Ein bitteres Lächeln um Leopold Wächters Lippen.

Der Wind kommt vom Dorfe her. Die Wasser brüllen.

„Regina, horch!“

„Unser Hochzeitsgeläut, Leopold.“

Heißes Umfangen.

„Leopold, tut es Dir leid, daß Du geblieben bist?“

„Regina, liebe, liebe Regina!“

„Mach das Fenster wieder zu.“

„Nur nicht Tag werden! Nur das nicht. — Regina, unsere Hochzeitsnacht.“

*

Die Dorfleute stehen drüben im durchweichten Boden. Wilhelm ist aus Hermannsau herübergelaufen. Die Angst um die auf dem Ried hat ihn von Weib und Kind gejagt.

Düster tritt ihm die Mutter entgegen. „Du kommst zu spät, Wilhelm. Vorhin hat das Wasser die Brücke weggerissen.“

„Und die zwei sind noch drüben? Wenn ich doch bloß zwei Stunden eher gekommen wäre!“